

Die Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik

Schneider, Eleonora

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1996). *Die Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 47/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46434>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik

Zusammenfassung

Ende Mai/Anfang Juni 1996 fanden in der Tschechischen Republik zum ersten Mal seit der Auflösung der Tschechoslowakei Parlamentswahlen statt. Ihr überraschendes Ergebnis war die knapp verfehlte Mehrheit der liberal-konservativen Regierungskoalition unter Premierminister V. Klaus. Große Zugewinne erzielte die Sozialdemokratische Partei (ČSSD) unter M. Zeman. Ein Bündnis der Oppositionsparteien hätte allerdings auch keine Mehrheit gehabt, da die Sozialdemokraten nicht mit den Kommunisten und den Republikanern koalieren wollten. Am 4. Juli 1996 ist eine neue Regierung ernannt worden. Ob sich diese Minderheitsregierung unter Klaus halten wird, ist fraglich, da sie auf Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen ist.

Am 31. Mai/1. Juni 1996 fanden in der Tschechischen Republik (ČR) zum ersten Mal seit der Auflösung der Tschechoslowakei vor dreieinhalb Jahren Parlamentswahlen statt. Die Wahlen endeten mit einer großen Überraschung für alle Beteiligten, weil es als sicher galt, daß die bürgerlich-neoliberale Koalition unter Premierminister Václav Klaus auch weiterhin den Kurs der ČR bestimmen wird.

Die Wahlbeteiligung lag bei 76,4%. Das zeugt zwar von einem immer noch großen Interesse der Bürger am politischen Geschehen, jedoch sind es etwa 11% weniger als bei den Parlamentswahlen vor vier Jahren. Am geringsten war die Wahlbeteiligung in Prag (69,7%), was sich auch im schlechten Ergebnis der bisherigen Regierungsparteien niederschlug, als deren Hochburg die Hauptstadt ansonsten gilt.¹ Am regsten waren die Bürger in Nordböhmen, was der Opposition, vor allem der Sozialdemokratie und den Republikanern, zugute kam.²

Die konservative "Bürgerlich-Demokratische Partei" (ODS) unter Klaus wurde mit 29,6% der Stimmen (68 Mandate) wieder die stärkste Partei, womit sie ein ähnliches Resultat wie 1992 erzielte. Die große Überraschung der tschechischen Parlamentswahlen war, daß sie mit ihren beiden kleineren Koalitionspartnern, der "Christlich-Demokratischen Union - Tschechischen Volkspartei" (KDU-ČSL) und der "Bürgerlich-Demokratischen Allianz" (ODA), die absolute Mehrheit im Parlament knapp

¹ In Prag erzielte die Regierungskoalition eine sichere Mehrheit von 59% gegenüber 18,7% für die ČSSD. 200.000 Prager Wähler fuhren ins Wochenende oder gaben ihren Geschäftsreisen den Vorzug, ohne zu den Urnen zu gehen, weil sie meinten, daß alles sowieso klar sei. Der Koalition fehlten nur 44.000 Stimmen zur Mehrheit.

² Dies ist eine Region mit großer Arbeitslosigkeit und unsicherer Zukunftsperspektive, mit der Stahlstadt Ostrava, deren Arbeiter nach der Wende von dem ideologischen Piedestal "der unentbehrlichsten und am besten bezahlten" stürzten. Aber auch in Mähren überwiegt allmählich die Unzufriedenheit, vor allem bei den Landwirten, die einen ähnlichen Schock durchmachen. Vgl. Mladá fronta dnes, 3.6.1996, S. 1.; Ivo Možný, Centrum a provincie, Mladá fronta dnes, 4.6.1996, S. 13.

(um 2 Mandate) verfehlte. Das liberal-konservative Bündnis, das seit 1992 regiert, kam auf nur 99 der 200 Sitze im Abgeordnetenhaus.

Zweitstärkste Partei wurde die linksorientierte "Tschechische Sozialdemokratische Partei" (ČSSD) mit 26,4%, die keine postkommunistische "Wendehalspartei" ist. Gegenüber den 6,5% des Votums von 1992 stieg ihre Mandatszahl um 44 auf 61. Unter dem Vorsitzenden Miloš Zeman ist es der Sozialdemokratie gelungen, im Laufe der Jahre 1995 und 1996 kometenhaft aufzusteigen und ihren Stimmenanteil zu vervierfachen, so daß sie als ernsthafter Konkurrent um die Macht auftreten konnte. Es ist das beste Ergebnis, das die ČSSD in ihrer 100jährigen Geschichte erzielt hat. Trotzdem hatte niemand damit gerechnet, daß sie dem konservativen Bündnis die künftige Staatsführung streitig machen könnte.

Einer Koalition der Oppositionsparteien hätte allerdings auch die Mehrheit gefehlt. Bereits auf ihrem Parteitag vor den Wahlen beschlossen die Sozialdemokraten, daß sie weder mit den orthodoxen Kommunisten noch mit den extremistischen Republikanern, die laut Meinungsumfragen wieder ins Parlament einziehen sollten, koalieren würden. Die "Kommunistische Partei Böhmens und Mährens" (KSČM) ist mit immerhin 10% auf den dritten Platz gerutscht. Sie wird sich die 22 Mandate jedoch mit niemandem teilen müssen. Während ihre Abspaltungen "Linker Block" (LB) und die "Partei der demokratischen Linken" (SDL) nicht ins neue Parlament gelangten und die postkommunistische Linke insgesamt 13 Sitze verliert, hat die KSČM ihre Stellung gefestigt. Als sechste Partei zieht, um vier neue Plätze gestärkt, die "Vereinigung für die Republik - Republikanische Partei Tschechiens" (SPR-RSČ) mit 8% und 18 Sitzen ins tschechische Abgeordnetenhaus ein.

Hier eine Tabelle³ der Sitzverteilung im neugewählten Abgeordnetenhaus (200 Sitze) im Vergleich zu den Wahlen zum Tschechischen Nationalrat (ČNR) bzw. zur Föderalversammlung (FS) von 1992:⁴

Parteien	Wahlen 1992				Wahlen 1996	
	zum ČNR		zur FS (SL)			
	%	Mandate	%	Mandate	%	Mandate
1. ODS	29,73	76	33,90	48	29,62	68 (-8)
2. ČSSD	6,53	16	7,67	10	26,42	61 (+45)
3. KSČM	14,05	35 ⁵	14,27	19	10,33	22 (-13)
4. KDU-ČSL	6,28	15	5,98	7	8,08	18 (+3)
5. ODA	5,93	14	4,98	-	6,36	13 (-1)
6. SPR-RSČ	5,98	14	6,48	8	8,01	18 (+4)

³ Vgl. Oskar Krejčí, *Kniha o volbách*, Praha 1994, S. 260-263; *Mladá fronta dnes*, 3.6.1996, S. 1-2.

⁴ In der ehemaligen Tschechoslowakei wurden gleichzeitig Parlamentswahlen zum Tschechischen Nationalrat (ČNR) und zur Föderalversammlung (FS), die zwei Kammern hatte, die Volkskammer (SL) und die Kammer der Nationen (SN), abgehalten. Nach der Aufteilung der ČSFR am 31.12.1992 wurde die FS aufgelöst. Der ČNR wurde zum tschechischen Parlament umfunktioniert, womit insbesondere die Bedeutung von kleinen Parteien, die den Einzug in die FS nicht geschafft hatten, aufgewertet wurde. Deshalb sind zum Vergleich der Parteien die Wahlergebnisse von 1992 und 1996 wichtig, neben der bisherigen Sitzverteilung im Parlament (ČNR) und den Wähleranteilen in der Föderalversammlung.

⁵ Die hohe Mandatszahl bei den Wahlen 1992 errang die KSČM gemeinsam mit der etwas reformwilligeren "Partei der demokratischen Linken" (SDL) in der Wahlkoalition "Linker Block", der die zweitstärkste Kraft im Parlament 1992-1996 war. Das Wahlbündnis splitterte sich 1993 in drei Parteien auf: KSČM, SDL und eine mit dem Wahlbündnis gleichnamige Partei "Linker Block" (LB).

Parteien unter der Fünf-Prozent-Grenze ⁶							
7. OH ⁷	4,59	--	4,39	-	SD-LSNS	2,05	--
8. DŽJ	3,77	--	3,31	-		3,09	--
9. LSU ⁸	6,52	16	5,84	7			
10. HSD-SMS ⁹	5,87	14	4,23	-	ČMUS	0,54	--

Das Wahlergebnis schafft einen Zustand, in dem die rechtsorientierte Koalition nicht genügend Kräfte hat, um so entschieden wie bisher zu regieren, und die Opposition fast keine Chance hat, die Macht zu übernehmen. Die ČSSD erreichte ihren Popularitätszuwachs auf Kosten von politisch unklaren bzw. mitte-links-orientierten kleinen Parteien mit nebulöser Rhetorik, die an Bedeutung verloren haben, wie z.B. die "Bewegung für Selbstverwaltung von Mähren und Schlesien". In anderen Regionen spielte bei dem Wahlergebnis 1992 wiederum eine Rolle, daß die Stimmen verschiedener kleiner und kleinster linker Parteien und Bewegungen verfallen sind, deren Wähler diesmal der stärkeren ČSSD den Vorzug gaben. Darüber hinaus wanderten 4% der ehemaligen Kommunistenwähler zu den Sozialdemokraten ab. Auch ist es der ČSSD gelungen, einen gewichtigen Teil der Unentschiedenen auf ihre Seite zu ziehen, im Unterschied zu 1992, wo sich diese der ODS zuneigten.

Der leicht gesunkene Stimmenanteil der ODS ist, gemessen am Ergebnis von 1992 zur FS (33,9%) - bei den Wahlen zum ČNR erreichte sie 29,7% -, gegenüber den jetzigen 29,6% auch durch die Wahlkampagne zustande gekommen. Diese verlief im Zeichen eines harten Zusammenstoßes von rechter und linker Wahllargumentation. Die regierende ODS wurde des Zentralismus, der stillen Unterstützung von Korruption und der Vernachlässigung des Schul- und Gesundheitssystems und der sozialen Dienste beschuldigt, was gegenüber der übermäßigen Wiederholung ihrer ökonomischen und außenpolitischen Erfolge zu kraß wirkte. An der scharfen Kritik beteiligten sich allerdings auch die beiden kleineren Koalitionspartner KDU-ČSL und ODA, die sich somit einerseits abzugrenzen, andererseits von den eigenen Schwierigkeiten abzulenken versuchten. Für einen Beobachter der tschechischen Innenpolitik war diese Taktik zwar wenig überraschend, da sie nicht neu war; sie hat logischerweise neben der eigenen Profilierung auch der Opposition geholfen.

Konzentration des Parteienspektrums

Als positives Ergebnis des Wahlausgangs wurde in den meisten führenden tschechischen Tageszeitungen gewertet, daß die politische Landschaft gegenüber 1992 bedeutend übersichtlicher geworden sei. Sie hat in den vergangenen vier Jahren einen Festigungs- und Klärungsprozeß erfahren, der durch diese Wahlen weiter beschleunigt wird. Von den 81 in der ČR registrierten politischen Gruppierungen sind zwar 16 zur Wahl angetreten, allerdings hat sich die Zahl der parlamentarischen Parteien von zwölf auf sechs reduziert.

⁶ OH = Bürgerbewegung; SD-LSNS = Freie Demokraten; DŽJ = Rentner für Lebenssicherheit; LSU = Liberal-Soziale Union; HSD-SMS = Bewegung für selbstverwaltete Demokratie - Gesellschaft für Mähren und Schlesien; ČMUS = Böhmischo-Mährische Union der Mitte.

⁷ Unter dem Namen "Freie Demokraten" (SD) findet man die aus dem revolutionären "Bürgerforum" hervorgegangene "Bürgerbewegung", die sich im Oktober 1993 umbenannte. Im Kampf um politisches und finanzielles Überleben agieren die "Freien Demokraten" seit Anfang 1996 in einer Koalition (SD-LSNS) mit der "Liberalen Nationalsozialistischen Partei", die 1990 aus dem transformationswilligen Flügel der "Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei" hervorging.

⁸ Die "Liberal-Soziale Union" entstand 1991 als eine Wahlkoalition von drei Parteien: der "Partei der Grünen" (SZ), der Agrarpartei (ZS) und der "Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei" (ČSS).

⁹ 1992 zerfiel die HSD-SMS in zwei Parlamentsfraktionen: HSD-SMS und HSD-SMS II. Seit 1993 änderte die Fraktion HSD-SMS mehrmals ihren Namen, und im Januar 1994 fusionierte sie mit der Parlamentsfraktion der LSU in "Böhmischo-Mährische Union der Mitte" (ČMUS).

Für zahlreiche kleine, jedoch bislang im Parlament vertretene Parteien bedeutet der Wahlausgang das Ende der Illusion, politischer Faktor zu sein. Da sie sogar unter 3% fielen, haben sie keinen Anspruch auf einen Beitrag für jede gewonnene Wählerstimme sowie auf Rückerstattung der Wahlkaution, was für die meisten das Aus heißen dürfte. Darunter fallen z.B. die "Freien Demokraten" des ersten Außenministers der ČSFR, Jiří Dienstbier, die der politischen Mitte zugeordnet werden können, oder die beiden Abspaltungen der KSČM, die "Demokratischen Linken" und der "Linke Block", die 1993 im Abgeordnetenhaus eine selbständige Fraktion mit 25 Parlamentariern gebildet haben.¹⁰ In den Tschechischen Nationalrat, der nach Auflösung der Tschechoslowakei zum Parlament avancierte, gelangten noch drei kleine, mitte-links-orientierte Parteien unter dem Namen "Liberal-Soziale Union" (LSU). Diese Wahlkoalition ließ sich als Bewegung mit Kollektivmitgliedschaft registrieren, wodurch sie nach dem Wahlgesetz mit 5% statt 7% in den ČNR gelangen konnte. Eine weitere, vor allem in Mähren 1991 überraschend erfolgreiche Partei war die "Bewegung für selbstverwaltete Demokratie - Gesellschaft für Mähren und Schlesien", deren Bedeutung nach der Lösung des tschechisch-slowakischen Problems durch die Teilung des Staates erschöpft war. Später verwandelte sie sich in die "Böhmisch-Mährische Union der Mitte" (ČMUS), der es jedoch auch nicht gelang, die Wähler an sich zu binden. Die einzige kleine linkspopulistische Partei, die ihre Stammwähler halten konnte und 3% erreichte, ist die Partei der "Rentner für Lebenssicherheit" (DŽJ). Daß diese Parteien in der nächsten Zeit noch eine Rolle spielen werden, ist fast ausgeschlossen. Eher ist damit zu rechnen, daß starke Persönlichkeiten und einige ehemalige Parlamentarier zu erfolgreicheren Parteien überwechseln, ein in den vergangenen Jahren verbreitetes Phänomen.

Durch die Konzentration der Kräfte auf der linken Seite ist die tschechische Parteienlandschaft wesentlich übersichtlicher geworden. Mit einer starken bürgerlichen Kraft und der praktisch gleichwertigen Sozialdemokratischen Partei hat man sich den in Europa gängigen Mustern angenähert. Eine Situation ernsthafter Konkurrenz kann allen Parteien für ihre weitere Profilierung nur Vorteile bringen.

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung

Nachdem keines der beiden Lager imstande war, eine Mehrheitskoalition zu bilden, gingen die Betroffenen und die Öffentlichkeit alle Arten einer künftigen Regierung durch. Die erste Variante wäre eine große Koalition gewesen, da sich aber die beiden Rivalen Klaus und Zeman und die Politiker auf beiden Seiten feindlich gesonnen sind, wurde dies von beiden schon im Wahlkampf vehement verworfen. Aus dem Wahlergebnis und den Beziehungen zwischen den Parteien resultierten zähe Verhandlungen. Die meisten Politiker, darunter auch die beiden Parteichefs Klaus und Zeman, sprachen sich gegen vorgezogene Wahlen aus. Statt dessen wurde in Prag sofort über eine Regierungsbildung der bisherigen Koalition spekuliert, als Minderheitsregierung mit bedingter Unterstützung der ČSSD.

Nach Bekanntmachung des Ergebnisses nahmen Präsident Václav Havel, Ministerpräsident Klaus und andere führende Politiker intensive Gespräche zur Überwindung des parlamentarischen Patts auf. Havel traf sich zu Einzelgesprächen mit den Vorsitzenden der zwei kleineren Koalitionspartner, ODA und KDU-ČSL. Jan Kalvoda und Josef Lux bekundeten, daß eine von der Opposition unterstützte Minderheitsregierung die einzige Lösung für die politische Stabilität des Landes sei.¹¹

Mit dem durch die großen Stimmenzugewinne gestärkten Selbstbewußtsein verlangte die ČSSD, in die Verhandlungen über die Regierungsbildung einbezogen zu werden. In seinem ersten Interview nach dem Wahlausgang hielt es der ČSSD-Chef Zeman für möglich, daß seine Partei mit dem "rationalen Teil der ODS" um Außenminister Josef Zieleniec zusammenarbeiten könnte. Die ODS sei nicht nur Klaus allein. Die ČSSD wäre bereit, sagte Zeman, jede Regierung zu unterstützen, deren

¹⁰ Neúspěšné politické strany patří čekají vážné finanční potíže a možná i zánik, in: Mladá fronta dnes, 6.6.1996, S. 3.

¹¹ Vgl. Havel chce do jednání o vládě zapojit Zemana, in: Mladá fronta dnes, 4.6.1996, S. 1; Koalice hledá povolební shodu, in: Lidové noviny, 4.6.1996, S. 3.

Premier nicht Klaus wäre. Er würde es vorziehen, wenn der Parteichef der KDU-ČSL, Lux, das Amt des Regierungschefs übernehme. Die Mitte-Rechts einzustufende KDU-ČSL hat in Fragen der Sozialpolitik und Dezentralisierung mehrere Berührungspunkte mit der ČSSD.

Weitere Bedingungen, die Zeman stellte, waren, daß wesentliche Punkte des sozialdemokratischen Programms, etwa Dezentralisierung, ein neues Modell der Sozial- und Wohnungspolitik, Rentenreform und strengere Finanzkontrollen von illegaler Tätigkeit sowie organisiertem Verbrechen, in das Regierungsprogramm aufgenommen werden müßten. Vor allem forderte Zeman die Entlassung von drei Ministern. Insgesamt sollte sichergestellt werden, daß die ČSSD reale Kontrolle über die Tätigkeit der Regierung erhielt. Zum Schluß wies er darauf hin, daß die Unterstützung durch die ČSSD "nur für eine Übergangszeit vereinbart werden sollte". Er persönlich sei der Ansicht, daß der entscheidende "Wahlkonflikt" im Jahr 1999 stattfinden werde.¹² (1999 stehen in der ČR Kommunalwahlen an.) Ein paar Tage später verkündete die ČSSD ihr Interesse für das Amt des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses sowie für die Leitung einiger parlamentarischer Ausschüsse und Kommissionen.

Die am häufigsten gestellte Frage, die in der ersten Woche nach den Wahlen die ČR sehr beunruhigte, war: Von wem wird die neue Regierung gebildet? Von Klaus, Zeman oder J. Zieleniec dem stellvertretenden Vorsitzenden der ODS und Außenminister, bzw. dem Vorsitzenden der KDU-ČSL, J. Lux, die Zeman wechselweise vorschlug? Nach gewissem Zögern beendete Havel am 6. Juni die Unsicherheit der Bürger. In diesen vier Tagen betrieben die Koalitionspartner ODA und KDU-ČSL ein hemungsloses Lavieren, bei diesen Machtkampfscharaden entstand hinter den Kulissen eine Anti-Klaus-Front, in der es um größeren politischen Einfluß oder persönliche Abrechnung mit dem Premier ging. Schließlich beauftragte Präsident Havel Václav Klaus damit, die Gespräche zur Regierungsbildung aufzunehmen.¹³ Nach schwierigen Gesprächen und etwa 16 Treffen, am Anfang unter Beteiligung des Präsidenten, zeichnete sich die Bildung einer Minderheitsregierung der bisherigen Koalition mit Unterstützung der oppositionellen Sozialdemokratie ab.

Die zähesten Verhandlungen gab es zwischen den altneuen Partnern, der ODS einerseits und der KDU-ČSL und ODA andererseits, jedoch weniger über die Inhalte des detaillierten Koalitionsabkommens, da an die Arbeit des vorhergehenden Kabinetts nahezu nahtlos angeknüpft werden konnte. Hart gestritten wurde über die Zahl der Minister und die Aufteilung der Ressorts. Die KDU-ČSL und die ODA bestanden darauf, daß die ODS über nicht mehr Ressorts verfügen dürfte als beide zusammen, damit sie nicht wie in der vorherigen Regierungsperiode überstimmt werden konnten. Obwohl es nicht den Wahlergebnissen der kleinen Partner entspricht, haben sie das neue Kräfteverhältnis im Parlament zu ihren Gunsten umgemünzt und die ODS-Vertreter gezwungen, auf ihre Forderungen einzugehen.

Der neuen Regierung gehören 16 Minister an, von denen acht zur ODS und jeweils vier zur KDU-ČSL bzw. ODA gehören. Neun von ihnen waren bereits im vorherigen Kabinett, zwei Minister wechseln das Ressort und fünf haben erstmals einen solchen Posten. An der Spitze des Außenamtes steht weiterhin J. Zieleniec (ODS), auch Jan Ruml (ODS) bleibt Innenminister, trotz heftiger Proteste der Opposition. Das Verteidigungsressort hingegen, das von ständigen Wechseln geprägt ist, wurde mit einem neuen Mann besetzt - dem Juristen Miloslav Výborný (KDU-ČSL).¹⁴ Die ČSSD bekommt als Gegenleistung für die Unterstützung der Minderheitsregierung den Posten des Parlamentspräsidenten für Parteichef Zeman sowie den Vorsitz in einigen Ausschüssen.

¹² M. Zeman, Jsme ochotni uvažovat o vládě s ODA, lidovci a lidmi z ODS kolem Zielence, in: Právo, 3.6.1996, S. 1-6.

¹³ Vgl. Jana Bendová, Trpké poznání čtyř dnů, in: Mladá fronta dnes, 7.6.1996, S. 12; Jiří Leschtina, Hrad odroubil hon na Klause, in: Ebenda.

¹⁴ Právo, 8.7.1996, S. 2.

Fazit

Das, was auf den ersten Blick als Niedergang der Regierungskoalition aussieht und in der internationalen Presse als eine Verschiebung nach links kommentiert wurde, spiegelt die politische Wirklichkeit in der ČR nicht objektiv wider.

Die Unterstützung des bürgerlich-liberalen Lagers ist stabil geblieben (gegenüber 1992 stieg sie geringfügig von 42% auf 44%). Der Umfang der Unterstützung für Parteien mit extremen Positionen (KSČM, LB und SPR-RSČ) hat sich gegenüber 1992 ebenfalls nicht verändert (von 20% auf 19,7%). Die Wähler haben lediglich die ČSSD (von 12,4% auf 26,4%) der in viele kleine Parteien zersplitterten nichtkommunistischen Linken bzw. politisch nebulösen Parteien vorgezogen. Sie entschieden sich für eine deutlicher präsenste und populäre Partei, zu der die Sozialdemokratie inzwischen geworden ist. Damit hat sich das Kräfteverhältnis zwischen der Anhängerschaft der Opposition und der Regierungskoalition allerdings nicht wesentlich verschoben. Die führende ODS bekam fast die gleiche Stimmenanzahl wie vor vier Jahren. Die Koalitionspartner konnten sogar etwas hinzugewinnen, was wiederum bedeutet, daß die Wähler der politischen Mitte, wo sich die Mehrzahl der labilen Wähler bewegt, für die Parteien der Koalition stimmten. Auch der geringe Unterschied zwischen der ODS und ČSSD (29,6 bzw. 26,4%) war kein Blitz aus heiterem Himmel, sondern die Bestätigung eines Trends, der sich nach den Wahlprognosen in den letzten zwei Jahren abzuzeichnen begann.

Als Fazit kann deshalb formuliert werden: Mit diesen Wahlen gewann die ČSSD unter der Führung des charismatischen und wortgewaltigen M. Zeman nicht die Schlacht gegen die Regierung, sondern gegen die Linke.

Das Pattergebnis der diesjährigen Wahlen ist mit der Verhältniswahl zu erklären, bei der die durchgefallenen Stimmen umverteilt werden (1992 waren es 19%, 1994 nur 11%) und der unloyalen Opposition somit eine bequeme Existenz ermöglicht wird. Dadurch hat sich die tschechische politische Szene paradoxerweise in ihrer Unstabilität stabilisiert.

Auch wenn die ČSSD an der künftigen Regierung nicht beteiligt sein wird, so wird die altneue konservative Regierung von V. Klaus doch große Abstriche machen müssen. Von den Stimmen der Sozialdemokraten wird in Zukunft jedes Votum im Parlament abhängen, angefangen damit, ob der Regierung Klaus das Vertrauen ausgesprochen wird, oder bei der Regierungserklärung, die innerhalb von zehn Tagen vorliegen soll und theoretisch der erste Stolperstein für das Kabinett werden könnte. Allerdings besteht kaum die Gefahr, daß die Regierung gleich beim ersten Versuch gestürzt wird. An Neuwahlen ist gegenwärtig niemand interessiert, weil die Verunsicherung darüber, wie sie ausgehen würden, zu groß ist. Gleichzeitig mit den Kommunalwahlen 1999 böte sich eine Gelegenheit, sie stattfinden zu lassen. Bis dahin wird sich der politische Kurs der um Macht und Positionen kämpfenden Parteien als permanenter Wahlkampf gestalten, in dem jede Partei nur die Programme unterstützt, die bei den nächsten Wahlen relevant sein könnten. Das ist die Logik der politischen Pattlage.

Eleonora Schneider

Die Autorin ist Mitarbeiterin des von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten Forschungsprojekts "Die Überwindung des Kommunismus in der Tschechischen und der Slowakischen Republik".

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071